



Betriebsgruppe Universität des Saarlandes

---

## STOP TTIP !

TTIP=Transatlantic Trade and Investment Partnership (Transatlantische Handels –und Investmentpartnerschaft)

**Zweck:** Abbau von Handelshindernissen zwischen EU und USA

---

### TTIP gefährdet:

#### Z.B.: ARBEITSPLÄTZE

TTIP bedeutet mehr Wettbewerb zwischen EU und USA.

Da mehr Waren aus den USA in die EU kommen als umgekehrt räumt die EU ein, dass dies eine dauerhafte Verlagerung von europäischen Arbeitsplätzen in die USA zur Folge hätte. Dadurch würden in der EU 1,3 Mio. Arbeitsplätze verloren gehen.

#### ARBEITSSTANDARDS:

Der erhöhte Wettbewerbsdruck kann folgende Verschlechterungen für europäische Arbeitnehmer zur Folge haben:

- sinkende Löhne
- weniger Rechte (z.B.: kein Kündigungsschutz)
- weniger Sicherheit am Arbeitsplatz (Arbeitsschutz)

Denn die USA hat immer noch nicht die ILO- Kernarbeitsabkommen unterzeichnet, in denen es z.B. um das Recht geht, sich in einer Gewerkschaft zu organisieren (Vereinigungsfreiheit).

Außerdem könnten Schutzrechte für Arbeitnehmer als "nicht-tarifäre Handelshemmnisse" interpretiert werden.

#### VERBRAUCHERSCHUTZ

Keine Einschränkung des Verbraucherschutzes!

In Europa herrscht das Vorsorgeprinzip. Das bedeutet, dass Waren zunächst geprüft werden müssen, ehe sie vermarktet werden. Dies ist in der EU-Verfassung verankert. Das ist vielen großen internationalen Konzernen ein Dorn im Auge. In den USA ist es anders, da dort gilt: solange nicht bewiesen ist, dass ein Produkt schädlich ist, darf es für den Markt zugelassen werden.

## **INVESTITIONSSCHUTZ**

Der DGB Vorsitzende Reiner Hoffmann sagt: „Europa hat gut funktionierende Rechtssysteme. Niemand braucht zusätzliche Investitionsschutzvorschriften für die Wirtschaft.“ Es geht auch ohne, wie andere Handelsabkommen zeigen.

Beim in TTIP enthaltenen Investitionsschutzabkommen sollen von den Großkonzernen selbst besetzte Schiedsgerichte darüber bestimmen, ob z.B. eine neue Umweltvorschrift (von einem demokratisch gewählten Gremium verabschiedet!) ein Handelshemmnis ist. Kommt das Schiedsgericht zu einem Ja, dann droht der Bundesrepublik eine hohe Schadensersatzforderung.

## **GEHEIM UND UNDEMOKRATISCH**

Bereits der Verhandlungsprozess ist inakzeptabel:

Es ist höchst undemokratisch, wenn TTIP fast ausschließlich mit Vertretern großer Konzerne unter Geheimhaltung besprochen wird.

Die Verhandlungen müssen transparent unter der demokratischen Beteiligung der Parlamente und unter Einbeziehung der Sozialpartner und der Vertreter der Zivilgesellschaft geführt werden.

### **WIR FORDERN DAHER:**

- Einbeziehung von Gewerkschaften und demokratisch gewählten Volksvertretern bei den Verhandlungen**
- Offenlegung der Verhandlungsgegenstände**
- Wir wollen TTIP und CETA verhindern, da sie diverse kritische Punkte wie Investor-Staat-Schiedsverfahren und Regelungen zur regulatorischen Kooperation enthalten, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen. Wir wollen verhindern, dass in intransparenten Verhandlungen Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (z.B. Wasserversorgung) und Kulturgüter dereguliert werden. (Quelle: EBI, Europäische Bürgerinitiative ; campact)**

Weitere Informationen bei: [www.campact.de](http://www.campact.de) (also available in English)